

Die SVP Schweiz mogelt in ihrem Extrablatt: Nun spricht der SVP-Volkswirtschaftsdirektor Klartext

Landolt lehnt die Begrenzungsinitiative ab

ABSTIMMUNG Der Schaffhauser SVP-Regierungsrat Ernst Landolt hält nichts von der Begrenzungsinitiative (auch Kündigungsinitiative genannt) seiner eigenen Partei. «Diese Kündigungsinitiative ist schädlich für die ganze Volkswirtschaft, weil sie die Prosperität der Schweiz und damit unseren Wohlstand grobfahrlässig aufs Spiel setzt», schreibt Landolt auf Anfrage der AZ.

Erst letzte Woche flatterte das SVP-Extrablatt, das auf der Titelseite einen breiten EU-Hintern zeigt, der auf die Schweiz draufhockt, in die Schweizer Briefkästen. Der Tenor im mit diversen Statistiken angereicherten Blatt ist klar: Nur ein Ja zur Begrenzungsinitiative, die am 27. September an die Urne kommt, könne die Schweiz retten. Unter anderem meldet sich der Schaffhauser Ständerat Thomas Minder zu Wort, der beklagt, dass man

früher im Kanton Schaffhausen «noch Feldhasen und Rebhühner beobachten» konnte, inzwischen wegen der Zuwanderung aber alles überbaut werde.

Unter dem Titel «Wir setzen uns national und kantonale für eine massvolle Zuwanderung ein» sind auf einer Doppelseite der Zeitschrift schliesslich auch die beiden



Ernst Landolt.

Peter Pfister

SVP-Bundesparlamentarier Thomas Hurter und Hannes Germann aufgeführt. Dabei hatten sich beide im Parlament der Stimme enthalten, als über die Initiative abgestimmt wurde. Ausserdem sind auch die beiden Schaffhauser SVP-Regierungsratsmitglieder Ernst Landolt und Cornelia Stamm Hurter abgebildet.

Nirgends auf besagter Doppelseite steht explizit geschrieben, dass diese vier Personen die Initiative unterstützen. Angesichts der Aufmachung und der allgemeinen Tonalität des Extrablattes wird das allerdings durchaus suggeriert. Auf Nachfrage der AZ, ob sie ihre Einwilligung gegeben haben, in dieser Form im Extrablatt zu erscheinen, sagen sowohl Cornelia Stamm Hurter wie auch Ernst Landolt: Nein, sie seien nicht angefragt worden.

Während Ernst Landolt auf die Frage, ob er die Begrenzungs-

initiative zur Annahme empfehle, mit «Nein» antwortet, behält Stamm Hurter ihre Meinung für sich. Sie verweist stattdessen auf die Haltung der Konferenz der Kantonsregierungen. Diese lehnt die Begrenzungsinitiative ebenfalls ab.

Es ist nicht das erste Mal, dass Regierungsrat Ernst Landolt Stellung gegen eine Initiative seiner Partei bezieht. Im Dezember 2015 sagte er dem *Blick*, er lehne die Durchsetzungsinitiative ab. Er begründete diese Haltung seinerzeit unter anderem damit, dass ein Ja zur Durchsetzungsinitiative das Signal aussende, dass Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz nicht erwünscht seien. «Viele Firmen werden es sich gut überlegen, ob sie noch in der Schweiz investieren wollen», so der Schaffhauser Volkswirtschaftsdirektor damals im *Blick*. **js.**

Der Grosse Stadtrat stimmt dem Versorgungsauftrag der städtischen Werke zu

SH Power: Neu Wärme- und Kältenetze

GROSSER STADTRAT Die Vorlage zur Organisationsverordnung des stadt-eigenen Energieversorgers *SH Power* wurde im Grossen Stadtrat weniger heftig diskutiert, als im Vorfeld anzunehmen war. Vielleicht hatte der rücksichtsvolle Tonfall auf allen Seiten auch damit zu tun, dass es zu Anfang der Sitzung zu einem kurzen Aufruhr gekommen war: AL-Grossstadtrat Simon Sepan hatte in einer angriffslustigen Fraktionserklärung auf die Abstimmungs- und Wahlergebnisse reagiert, was einige Mitglieder des Rates vor den Kopf stiess. Diego Faccani derart, dass er seine Sachen zusammenpackte und den Saal verliess. Die Stimmung kochte hoch, bis Ratspräsidentin Nicole

Herren Ruhe durchsetzte und sich weitere Voten dazu verbat. Die Ratsmitglieder schienen sich danach betont Mühe im kollegialen Umgang zu geben.

Zurück also zur Vorlage zur Organisationsverordnung von *SH Power*: Diese sieht vor, dass die städtischen Werke zukünftig nicht nur für Wasser, Abwasser, Gas und Strom zuständig sind, sondern auch Wärme- und Kältenetze aufbauen und betreiben. So, wie es bereits in der neuen Eignerstrategie von *SH Power* festgehalten ist. Der exklusive Grundversorgungsauftrag bezieht sich dabei allein auf den Betrieb, die Dokumentation und den Unterhalt der Netze im öffentlichen

Grund, nicht aber auf die Produktion und die Lieferung von Wärme und Kälte, hier soll der freie Markt spielen. Auch sollen Dritte Leitungen bauen können mit Einwilligung der Stadt als Besitzerin von Grund und Boden.

Die Wirtschaftsverbände und SVP-Vertreter hatten im Vorfeld kritisiert, dass *SH Power* dadurch ein Monopol aufbauen und den freien Markt einschränken würde. Auch in der Ratsdebatte wurde dies noch einmal von Grossstadträten aus dem SVP- und FDP-Lager aufgegriffen, die Kritik wurde danach aber zu einem guten Teil zerstreut. Stadtpräsident und Werkreferent Peter Neukomm berichtete von der Rücksprache mit den

Gewerbevertreternden. Er machte zudem geltend, dass es nicht um Insourcing gehe, sondern vielmehr um die Gewähr, dass die Wertschöpfung beim lokalen und regionalen Gewerbe bleibe. Man wolle lediglich einen Wildwuchs mit Leitungen privater Anbieter im Boden verhindern, welcher der städtischen Bevölkerung gehört – genau so, wie man als Privatperson im eigenen Garten auch die Einwilligung geben möchte, bevor dort Netze verlegt werden.

Zwei Formulierungsanpassungswünsche der SVP punkto Drittbetreibern wurden umgesetzt und die Vorlage einstimmig bei einer Enthaltung angenommen. **nl.**